JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 20	7. März 1919	ה' אדר שני תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Interview mit Berl Locker.

Auf der Berner Internationalen Sozialistenkonferenz war auch die jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei Poale-Zion durch 5 Delegierte, die Herren Dr. Chasanowitsch, Locker, Singer, Herz und Kohn vertreten, und hat sich sehr rege bei den Beratungen beteiligt. Erfreulich, dass die Internationale endlich die Poale-Zion anerkannt hat, denn nur diese und nicht der antinationale Bund haben heute das Recht im Namen des ganzen jüdischen Proletariats zu sprechen.

Herr Locker, Mitglied der Delegation, hatte die Freundlichkeit unsern Wt. Mitarbeiter zu empfangen und ihm einige Fragen in Bezug auf die Stellung der Internationale zu den jüdischen Forderungen zu beantworten.

„Sind Sie mit dem Ergebnis der Konferenz in Bezug auf die Judenfrage zufrieden?"

„Ja, obwohl bisher bindende Beschlüsse nicht gefasst worden sind. Die Arbeit wird weiter von Unterkommissionen geführt, in welchen auch die Poale-Zionisten durch Delegierte vertreten sind. Die Internationale verhält sich unsern Forderungen gegenüber wohlwollend, und obwohl die Zusatzanträge der Poale-Zion und anderer Delegationen, die wir infolge unserer anormalen Lage stellten und worin wir unsere Forderungen genau umschrieben, nicht in der von uns vorgeschlagenen Form angenommen worden sind, so hoffen wir doch, dass die Internationale mit allen Mitteln für unsere Forderungen, Forderungen des Rechtes und der Billigkeit einstehen wird."

„Wie stellen sich die einzelnen Sozialistenführer der verschiedenen Länder zu den jüdischen Forderungen?"

„Alle haben unsere Delegation anerkannt und unterstützt. Bezüglich unserer Rechte auf Palästina herrschte bei ihnen Einmütigkeit, auch die französischen Sozialisten stimmten darin mit uns überein."

„Und die polnischen Sozialisten?"

„Diese waren auf der Konferenz überhaupt nicht vertreten. Hätten sie doch vor der Internationale Rechenschaft für ihr passives Verhalten während der Pogrome ablegen müssen. Im Gegensatz zu allen andern verhielten sich die Mitglieder des Bundes uns gegenüber sehr schlecht. Der Bund hat auch eine Erklärung gegen Palästina abgegeben. Als wir in einer Kommissionssitzung den Antrag stellten, die polnischen Sozialisten zu einer Erklärung über ihr passives Verhalten während der Pogrome aufzufordern, hat der Bund dagegen protestiert und dies als Schmach für die polnischen Sozialisten bezeichnet."

„Glauben Sie, dass die Berner Konferenz in Paris grosse Wirkung ausüben wird?"

„Dies lässt sich heute noch nicht sagen; die nächste Zukunft dürfte darüber entscheiden. Für uns Juden handelt es sich heute vor allem darum, unsere Forderungen, Forderung der Gerechtigkeit, unseren eigenen Brüdern wie auch Fremden gegenüber, klar aufzustellen. Das beste Mittel dazu ist ein jüdischer Weltkongress. Dies hängt aber von den Zionisten ab, nur diese können heute die Initiative dazu ergreifen."

Die jüdischen Forderungen vor dem Rat der Zehn.

Weitere Pressestimmen.

„Echo de Paris" vom 28. Februar berichtet ausführlich über die „Zionistische Frage". Vor dem Rat der Zehn haben Dr. *Weizmann* (England), *Sokolow* (Amerika), *André Spire* (französische zionistische Organisation) und *Ussischkin* (Russland), letzterer in hebräischer Sprache die jüdisch-territorialen Ansprüche dargelegt. Eine abweichende Ansicht hat *Sylvain Lévi*, Professor für Sanskrit am Collège de France vertreten. Die ersten 4 Vertreter neigen mehr oder weniger zu der Auffassung einen *jüdischen Staat* zu errichten. Sie haben hiefür den Ausdruck „commonwealth" gebraucht, der auf englisch ungefähr mit dem Begriff Republik identisch ist, ihn aber weniger präzis definiert. Als man sie nach der Bedeutung fragte, welche sie diesem Ausdruck beimessen, erwiderte einer von ihnen „zu Beginn eine jüdische Niederlassung (établissement)... Drei jüdische Vertreter haben das englische Protektorat verlangt. Dieser Ansicht sind Spire und Lévi nicht beigetreten. Dieses Verlangen zu stellen zeugt von einer gewissen Unlogik: „In einem Atem fordert man einen jüdischen Staat und beeilt sich zu erklären, dass er sich selbst nicht regieren kann."

Im *„Gaulois"* vom 28. Februar berichtet René d'Aralt in einem längeren Artikel unter der Ueberschrift: „Que deviendra la Palestina?" über das Erscheinen Clemenceaus in der Sitzung der Friedenskonferenz, in

welcher 5 zionistische Delegierte in französischer und hebräischer Sprache ihre Ansichten über ein unabhängiges Palästina darlegten. Der *Gaulois* schliesst sich der Ansicht des Herrn *Sylvain Lévi* an: Es soll ein internationalisiertes Palästina geschaffen werden, in welchem ein zionistisches „Home" errichtet werde. Der Artikel schliesst: Ebenso gut wie meiner Ansicht nach diese Frage in einer Art gelöst werden muss, welche die verschiedenen auf dem Spiele stehenden Interessen berücksichtigt, muss sie vor allem die unverjährbaren Rechte Frankreichs wahren.

„Le Petit Parisien" vom 1. März gibt unter der Ueberschrift „Das Zionistische Programm" eine kurze Uebersicht über die Entwicklung des Zionismus seit dessen Entstehen auf dem ersten Basler Kongress 1897 und knüpft daran einen Bericht über die Darlegung der zionistischen Delegierten vor dem Rat der Zehn. „Man hat eingewandt, dass wenn man den Juden, welche nach Palästina zurückkehren wollen, eine nationale Heimstätte anweisen wollte, es gerecht sein würde, eine gleiche Autonomie auch denjenigen Konfessionen zu bewilligen, welche sich auf diesem historischen Boden befinden. Der Wettstreit der Religionen um Jerusalem wirft Fragen von äusserster Schwierigkeit auf."

— Die „Morning Post" entnimmt aus „New-York Sun" die seltsame Meldung, es werde auf Wilson ein starker Druck ausgeübt, damit Amerika den Schutz Palästinas übernehme. Lloyd Georges soll zu Wilson ungeduldig gesagt haben: „Sie wollen, dass jeder andere die Sache versucht, wollen aber nicht selbst Verantwortung übernehmen."

— Die Neue Zürcher Zeitung schreibt: Paris, 1. März. Seit der Eroberung von Palästina durch die Alliierten ist die Bedeutung des *Zionismus* viel grösser als vor dem Krieg. Am Kongress von Basel im Jahre 1897 wurde er eine politische Idee. Er fand besonders bei der englischen Regierung Unterstützung, die versprach, in Palästina eine israelitische nationale Heimstätte zu schaffen. England kennt den Antisemitismus nicht, und als es mit Frankreich die Verträge über Syrien abschloss, sah es bereits für Palästina ein internationales Regime vor. Heute verlangen die zionistischen Abgeordneten, unter denen sich Sylvain Lévi, Professor der Sanskritsprache am Collège de France, und der franz. Dichter André Spire befinden, vor der Konferenz einen eigenen zionistischen Staat, der an das Mittelmeer und das Rote Meer angrenzen und von einem englischen oder französischen Mandatar verwaltet würde. England als event. Mandatar begegnet der Opposition gewisser katholischer und kolonialer Kreise. Die Muselmanen sind einem unabhängigen jüdischen Staat abgeneigt.

— Der bekannte Sozialist Albert *Thomas* drückte in einem Interview namens der Sozialdemokraten die grösste Sympatie für den Zionismus aus, der in enger Beziehung zur modernen Demokratie steht. *Der Völkerbund wäre unvollständig ohne Mitwirkung des jüdischen Volkes.*

— Im Namen der griechischen orthodoxen Kirche erklärte Archimandrit *Vosilokis* einem Korrespondenten des Matin über die zionistischen Forderungen:

Die historischen Rechte der Juden sind unbestreitbar. Ihre gegenwärtig ethnographischen Rechte sind es weniger. Unter der bunten Bevölkerung Palästinas nehmen die Mohammedaner den ersten Platz ein, die Juden stellen nur einen Fünftel der Bevölkerung dar. Die Juden sind unserer Sympathie würdig. Sie haben ein besseres Los verdient, als das, was sie 2000 Jahre gehabt haben. Wenn es schlechte Juden gibt, so ist es nur allzuhäufig deshalb, weil es schlechte Christen gibt, die sie unterdrücken.

Aber werden die Juden Palästina zu neuem Leben bringen können? Ein langer Aufenthalt in diesem Lande erlaubt mir daran zu zweifeln. Mit Ausnahme einiger Ecken im Tale Galiläas ist Palästina unfruchtbar. Es wird ausdauernde Arbeit nötig sein um es zu beleben. Wie sollen dort die Juden ohne diese unumgängliche Mühe ihr Heim, das sie ersehnen, errichten können? Unsere orthodoxen Kirchen werden nur verlangen, dass ihre Rechte in den heiligen Stätten respektiert werden.

(Matin 1. III. 19.)

Die zionistische Frage und der Erzbischof von Paris.

Paris, 1. März. Im erzbischöflichen Palast von Paris wurden über die zionistischen Fragen folgende Erklärungen abgegeben: Palästina gehört der syrischen Bevölkerung. Die Juden haben sich dort erst während einiger Jahrhunderte aufgehalten. Es verhält sich so, wie wenn die Römer Gallien forderten, weil sie es während 300 bis 400 Jahren besetzt hielten. Auf jeden Fall hoffen wir, dass die Mandatarmacht den französischen Einfluss respektieren wird.

Zionistische Arbeit in Paris.

Bei der zionistischen Arbeit, die in Paris in so wertvoller Weise von Nahum Sokolow geleitet wird, zeigt es sich mehr und mehr, schreibt das Jüdische Korrespondenzbüro im Haag, dass es in Paris an einer ständigen zionistischen Vertretung, die fortwährend die Regierung und die öffentliche Meinung über die zionistischen Wünsche orientiert, gefehlt hat. Frankreich ist stets der heikle Punkt in der zionistischen Bewegung gewesen. Die letzten Wochen haben bereits Frankreichs Stellungnahme für sein syrisches Protektorat und seine Ansprüche auf Galiläa gebracht. Die Schwierigkeiten, die noch von dieser Seite den jüdischen Hoffnungen entgegenzuarbeiten drohen, werden sich in den nächsten Tagen in ihrer vollen Deutlichkeit offenbaren. Nicht nur die Grenzschwierigkeiten sind es, die uns von dieser Seite erwarten; Frankreich wirft sich bekanntlich im Orient als Beschützer der katholischen Kirche auf und sucht die Sympathie der Syrier. Hier liegen also noch zwei Schwierigkeiten auf unserem Wege: die katholische Kirche (und man weiss, dass das französische Auswärtige Amt durch und durch klerikal ist und dass Herr Pichon nur das Organ seiner Departementschefs ist), und

die Syrier, die christlichen Syrier, die keine Judenfreunde sind und von jeher gegen den Zionismus agitieren. Nochmals leiden wir an einem Fehler in der politischen Richtung der zionistischen Bewegung. Und man denkt an Jabotinskys Forderungen zurück, an seine „Tribüne". Die politische Entwicklung hat sie eine nach der anderen in Erfüllung gebracht, und unsere Organisation in die von Jabotinsky schon 1915 verkündete Richtung getrieben: die Legion — sie ist ein politischer Faktor von hoher Bedeutung geworden; die Reorganisation der zionistischen Leitung — sie wird jetzt in London beschlossen werden; die ständige Vertretung in Paris und Rom — sie ist in elfter Stunde aufgenommen worden. Der Gang der Ereignisse hat unsere Politik überholt. Sind wir nicht gezwungen worden, unsere bescheidenen Forderungen auf Englands Wunsch höher zu stellen? Werden unsere Kolonisationsprogramme nicht vom Gang der jüdischen Geschichte überholt werden? Werden unsere Pläne sich gegen die nach Palästina bevorstehende Flut aufrecht erhalten können?

Ueber dasselbe Thema schreibt „Zionist Review": „Herr Sokolow, der seit einigen Wochen in Paris verbleibt und dort wahrscheinlich bis zur Londoner Konferenz verweilen wird, ist damit beschäftigt, die Führer der französischen öffentlichen Meinung mit dem Zionismus und den zionistischen Absichten vertraut zu machen. Keiner ist wie er für diese Aufgabe besser geeignet. Weizmann war auch eine kurze Zeit in Paris und hat Präsident Wilson die zionistischen Wünsche vorgelegt. Präsident Wilson steht unserer Sache sympatisch gegenüber, *wünscht jedoch genaue Informierung.*

Wir bemerken einen pessimistischen Grundton in der jüdischen Presse über die zionistischen Aussichten. Diese Nervosität ist begreiflich, bis die Friedenskonferenz sich im zionistischen Sinne ausgesprochen haben wird. Es gibt aber keinen wirklichen Grund zum Pessimismus. Wir glauben, dass der wahre Grund für diesen Pessimismus in dem Unterschied liegt, über dasjenige, was die Zionisten von den Mächten zu verlangen haben. Diese Aufgabe ist sehr schwierig und gibt viel Raum zu Meinungsverschiedenheiten, die jede Person, die sich näher damit beschäftigt hat, begreifen wird. Wir können uns nicht durch Worte aufhalten lassen. Wir müssen das praktisch Durchführbare im Auge haben. Wir müssen uns abfragen, welche ausführbare und gesetzgebende Staatsform für den Aufbau des jüdischen Palästina wünschenswert ist und müssen unsere Forderungen demgemäss stellen. Wir glauben, dass unsere Führer sich heute damit befassen.

Empfang palästinensischer Delegierter bei Balfour.

Balfour empfing am 18. Februar eine von Sokolow geführte jüdische Delegation aus Palästina. Im Namen der Delegation drückte Yellin die tiefe Dankbarkeit der Juden der palästinensischen Regierung und Balfour aus für die den Juden gewährte Möglichkeit, ihre höchsten Ideale nach zwanzig Jahrhunderten zu verwirklichen, Das englische Volk, den Traditionen der Bibel getreu, erfülle die Worte des Cyrus: „Alle Königreiche hat Gott der Herr mir gegeben und er hat mir aufgetragen, ihm ein Haus in Jerusalem, in Juda, zu bauen. Wer unter euch zu seinem Volke gehört, mit dem sei sein Gott. Er ziehe hinauf und baue den Tempel Jahves". Weiter führt er aus: „Von der britischen Nation hörten wir den Ruf, auf den wir während 2000 Jahren des Exils warteten. Vorbereitet antworteten die Millionen, um das Land wieder zu beleben. Während des letzten Jahres schritt Palästina durch die Finsternis zum Licht. An jenem Tage, an welchem sich das Geschick des jüdischen Volkes entscheidet, setzen wir das vollste Vertrauen auf die britische Regierung und Balfour. Das Land, das seine Kinder erwartet, wird wieder aufblühen, die erhabenen Ideale der grossen Propheten werden verwirklicht werden. Den Namen Englands, des Befreiers der kleinen Nationen, wird die Geschichte als den der ersten Regierung aufbewahren, die durch die Vorsehung ausersehen wurde, um die Erlösung des kleinen und dennoch grossen Volkes Israel ins Werk zu setzen." Balfour dankte für diese freundlichen und schmeichelhaften Worte. Er sagte: „Der Plan der Wiedererrichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina ist schwierig wie jeder grosse Plan. Aber es ist sicher, dass die Energie und die Ausdauer der Juden mit Hilfe Grossbritaniens, Amerikas und anderer Länder alle Schwierigkeiten überwinden werden und das Ziel erreicht wird."

Die englischen Juden zur Palästinafrage.

Ein Londoner Telegramm des „Jüdischen Korrespondenz-Büros" im Haag vom 18. Februar meldet:

„Das „Joint Foreign Committee" des „Board of Deputies" und der „Anglo Jewish Association", das aus Vertretern dieser beiden Körperschaften besteht, und die Behandlung der auswärtigen jüdischen Angelegenheiten bezweckt, erklärte seine Zustimmung zur Balfour-Erklärung, vorausgesetzt, dass diese Regelung nicht mit sich bringt, dass die Juden eine separate politische Nationalität über die ganze Welt konstituieren. Das Komitee empfiehlt folgende Punkte für die Friedenskonferenz:

1. Die Oberhoheit über Palästina wird Grossbritannien übergeben, mit dem Mandat, die Erklärung von 2. November 1917 durchzuführen.

2. Die Grenzen des neuen Palästina müssen in der Weise festgesetzt werden, dass Raum und günstige Bedingungen für eine jüdische Massensiedelung geboten werden. Die Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften werden entsprechend gewahrt werden.

3. Die politische, ökonomische und kulturelle Organisation des Landes soll derart sein, dass sie den Zuwachs der jüdischen Bevölkerung und deren Selbstverwaltung erleichtert, und gegebenenfalls das Vorwiegen des jüdischen Einflusses in der Verwaltung des Landes im Einklange mit den demokratischen Prinzipien im Auge hat.

4. Die gesamte Bevölkerung Palästinas wird vor dem Gesetze religiöse Gleichberechtigung geniessen.

5. Die hebräische Sprache wird als offizielle Sprache

der jüdischen Bevölkerung anerkannt und gebraucht.

6. Der Sabbath und die jüdischen Festtage werden als gesetzliche Ruhetage für die Juden anerkannt. Die Juden, die diese beachten, können nicht gezwungen werden, sich an Feiertagen anderer religiösen Gemeinschaften, der Arbeit zu enthalten.

7. Die zentrale Autorität der jüdischen Bevölkerung Palästinas erhält das Recht, ein Erziehungssystem für die Juden Palästinas, mit Hebräisch als Unterrichtssprache, ein- und durchzuführen, wobei Schulen, die keine staatliche Unterstützung geniessen, diesem System nicht unterliegen.

8. Die Kontrolle der jüdischen heiligen Orte wird den Juden überlassen, im gleichen Masse wie die der heiligen Stätten der Christen und Mohammedaner den resp. religiösen Gemeinschaften überlassen werden.

Sir Stuart *Samuel* und Lord *Rothschild* wurden für den Board of Deputies, Claude *Montefiore* und Lord *Swaythling* für die Anglo Jewish Association als Delegierte zur Friedenskonferenz ernannt.

Zum Zwecke der Zusammenarbeit aller jüdischen Delegationen zur Friedenskonferenz (Zionisten inbegriffen) ist in Paris ein Zentralbüro eröffnet worden."

Von der theoretischen Einschränkung des einleitenden Satzes abgesehen, bedeutet dieses Programm in allen sachlichen Punkten die Zustimmung der englischen *V. J. O. D.* zu den zionistischen Palästinaforderungen.

Vom Jüdischen Kongress in Amerika.

In der Abendsitzung des ersten Tages kam es infolge der Stellung des *Misrachi* und der *Poale Zion* zur Religionsfrage zu erregten Auseinandersetzungen, als Dr. Chaim *Schitlowski*, der Führer der national-sozialistischen Gruppe, im Laufe seiner Rede seine Ansichten über die Regulierung der wirtschaftspolitischen Bedingungen in Palästina darlegte. Er drang darauf, dass das amerikanische Prinzip der absoluten Trennung von Staat und Kirche in dem geplanten Gemeinwesen strikt angewandt werde, dass Religion keine Sache des Staates sei; diesen Worten folgte ein lauter Entrüstungsausbruch der Rechten, von Seiten der orthodoxen Misrachisten. Unter Appell an die wohlbekannte Toleranz der Misrachisten, konnte Dr. Schitlowski seine Rede beenden, und aus Gerechtigkeitsgründen durfte Rabbi Meyer Berlin, der Führer des Misrachi, sofort erwidern. Er sagte, dass die orthodoxen Juden in Erez Jisroel niemals glücklich würden, ohne dass jede Phase ihres Lebens und jede Tätigkeit durch die religiösen Gesetze bestimmt würden.

Wird Palästina eine Malteser-Kolonie.

Der „Manchester Guardian" schreibt: „Während das Kriegskabinet auf ein jüdisches Palästina festgelegt ist, und auf Grund dieser Politik die gänzliche Hingabe der gesamten jüdischen Bevölkerung der Welt gewonnen hat, gibt das Kolonialministerium sich mit dem Plane ab und trifft die Vorbereitungen dazu, Palästina zu einer Malteser-Kolonie zu machen. Lord Methuen, der Gouverneur von Malta, macht diese Enthüllung. Wir nehmen an, dass der aussergewöhnliche Plan, welcher auf ein wirklich bemerkenswertes Chaos in der Regierung deutet, dem Genius von Walter Long entsprang. Lord Milner hat immer an der Idee eines jüdischen Palästina ein grosses Interesse gehabt, und er hat es verstanden, seine ausserordentlichen Möglichkeiten für die Welt im allgemeinen und für Grossbritannien im besonderen ins rechte Licht zu rücken. Wir erwarten von ihm, dass er mit Longs Projekt, das nur dazu dient, das Vertrauen in britische Versprechungen zu untergraben und vielleicht die fruchtbringendste einzige territoriale Erledigung der ganzen Friedensverhandlung über den Haufen zu werfen, kurzen Prozess machen wird."

Nichtjüdische Auswanderung nach Palästina.

Der „Manchester Guardian" berichtet, dass sich unter der Bevölkerung von Malta Bestrebungen zur Auswanderung nach Palästina bemerkbar machen. Der Gouverneur von Malta, Lord Methuen, erklärte in einer Rede, dass er von dem britischen Staatssekretär für Kolonien den Auftrag erhalten habe, sich dafür zu interessieren und er habe bereits mit dem Oberst Gabriel, dem Finanzbeirat des Gouverneurs für Palästina und mit Pater Lamb, dem Vikar vom Karmelberg darüber gesprochen und sich deren Unterstützung gesichert. Er rechnet damit, dass in einigen Monaten die Zahl der Arbeitslosen auf ungefähr 1600 anwachsen würde. Der Gouverneur betont mit Nachdruck, dass Palästina für die Kräfte dieser Bevölkerung ein neues Arbeitsfeld biete, und es wäre kein Zweifel, dass die britische Regierung sie dabei tatkräftig unterstützen würde. (J. P. W.)

Das Programm der Hapoel Hazair.

Das erste Heft des Organs der Zionistischen Volkssozialistischen Partei Hapoel Hazair „Die Arbeit" bringt folgenden Programmentwurf:

„Ausgehend vom Basler Programm betrachtet die Zionistische Volkssozialistische Partei Hapoel Hazair den Zionismus als eine Bewegung, die über dem Klassenmoment steht.

Der Hapoel Hazair ist der Ueberzeugung, dass an dem Endziel der zionistischen Bewegung, d. h. an der Wiederbelebung des jüdischen Volkes in Palästina hauptsächlich die arbeitenden Schichten interessiert sind. Deshalb stützt sich die Partei in ihrer realen Arbeit und in ihrer Politik auf die nationalhistorischen Forderungen und tagtäglichen Aufgaben der jüdischen arbeitenden Massen.

In der Erkenntnis, dass die nationale, politische und ökonomische Befreiung jedes Einzelnen und der Allgemeinheit ebenso wie die Beteiligung des jüdischen Volkes am Fortschritt der Menschheit nur möglich ist, wenn Bedingungen für ein normales, nationales Leben geschaffen werden, strebt die Zionistische Volkssozialistische Partei Hapoel Hazair danach, auf gesunden, sozialen Grundlagen ein selbständiges, politisches Zentrum in Palästina zu schaffen und davon ausgehend auf nationalpolitischer, personaler Autonomie das jüdische Volk in den Galuthländern zu organisieren.

In der Erkenntnis, dass der Zionismus endgültig verwirklicht werden kann, nur durch den Aufbau des jüdischen Volkslebens, auf den Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit und der produktiven Arbeit, erstrebt der Hapoel Hazair, angepasst den Forderungen des Sozialismus, die Nationalisierung des Bodens, der Industrie und des Handels in Palästina, sowie die Reproduktivierung des jüdischen Lebens in Palästina und im Galuth."

Die zionistische Konferenz in London.

London. Am 24. Februar wurde die zionistische Konferenz in London in Gegenwart von 50 Delegierten aus England, Frankreich, Palästina, Russland, Polen, Süd-Afrika, Australien, Belgien, Aegypten, Argentinien, Holland, Tschechoslovakien, Jugoslavien, Griechenland Schweiz, Skandinavien, und der Poalezionisten und Misrachisten eröffnet. *Weitzmann* und *Sokolow* erstatteten politische Berichte über die Lage in Palästina und die Forderungen an der Friedenskonferenz. Sokolow erwähnte im Schlusswort, dass er soeben von *Pichon* eine Vorrede zu seiner Geschichte des Zionismus erhalten habe, die die Sympathieen des französischen Ministers für den Zionismus ausdrücke. Sokolow teilte mit, dass jüdische Delegationen vieler Länder, die im Einvernehmen mit der zionistischen Organisation eine Konferenz der jüdischen Nationalräte abhalten werden, schon in Paris angekommen seien oder sich auf dem Wege dorthin befinden. Schmarjahu *Lewin* präsiderte der Mittwochsitzung, auf welcher Dr. Henri *Eder* über die politische, ökonomische und kulturelle Tätigkeit der Palästinakommission berichtete. Julius *Simon* referierte über die zukünftige organisatorische Arbeit, Einwanderung und Kolonisation. Auf Vorschlag der Agendenkommission, die aus *Yellin, Simon, Herrmann, Schochat, Farbstein, Barondesss, Berlin* besteht, wurden sieben Komitees gewählt: für Politik, Finanzen, Organisation zukünftiger Arbeit, Kolonisation, Auswanderung, Erziehung, nationale Rechte, welche von Donnerstag bis Montag arbeiten. Die Wiederaufnahme der Vollkonferenz findet Montag, den 3. März statt.

(J. K. Z.)

Chronik.

Polen.

Das jüdische Problem.

Warschau 1. März. Die polnische Zentralagentur erhält folgende Depesche: An der 6. Sitzung der Konstituante erklärt der Deputierte *Löwenstein* im Namen der polnischen Juden, dass diese Polen als ihr Vaterland betrachten und verlangen als freie und gleiche Bürger behandelt zu werden. Die Lösung des jüdischen Problems in Polen ist eine innere Frage des polnischen Staates. Die harmonierende Mitarbeit der jüdischen Bevölkerung mit der christlichen Bevölkerung ist das beste Mittel das jüdische Problem in Polen zu lösen.

(La Tribune de Genève 3. März 19.

— Zu dem Beschlusse des polnischen Sejm, wonach im Seniorenkonvent blos diejenigen parlamentarischen Gruppen vertreten sein können, die mindestens 12 Mitglieder zählen, schreibt der „Hajnt" unter dem Titel „Der erste Schlag": Schon in der ersten Sitzung des polnischen Sejm haben wir den Schlag No. 1 erhalten und wie wir gleich hinzufügen wollen: er traf ins Auge. Wir werden also im Seniorenkonvent, dieser wichtigen Einrichtung, die eigentlich die ganze parlamentarische Arbeit leistet und dessen Beschlüsse im parlamentarischen Leben häufig entscheidend sind, unvertreten sein. Die jüdischen Deputierten Dr. Thon und Rabbiner Halpern versuchten auf der ersten Sitzung des Seniorenkonventes das Prinzip zu verteidigen, dass auch 8 Delegierten Vertretung im Konvent zukomme. Ihre Reden blieben jedoch fruchtlos und ihr Vorschlag ist durchgefallen.

Warschau. Der Ministerrat erliess ein Dekret betr. der jüdischen Gemeinden in Polen. Dieses Dekret ist auf der Eröffnungssitzung des Sejm als Gesetzentwurf eingebracht worden. Die von den Okkupationsmächten am 1. Novrmber 1916 erlassene Verordnung, wird hiemit aufgehoben. Der öffentlich rechtliche Charakter der jüdischen Gemeinden und des religiösen Kultusrates wird beibehalten. In die Kompetenz der Gemeinden fallen alle religiösen Schul- und Wohltätigkeitsangelegenheiten. Die Wahlen finden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und Proporzwahlrechtes statt. Die Wahl eines Rabbiners muss durch den Religionsrat und durch die Regierung bestätigt werden. Die Aufsicht über die Gemeinden führt das Ministerium für religiöse Angelegenheiten und Volksbildung.

(Nasche Utro, Grodno v. 18. II.)

Die amerikanisch-jüdische Hilfsaktion für die Juden in Polen.

Wie das jüdische Pressbüro in Stockholm meldet, ist eine amerikanisch-jüdische Kommission, bestehend Isidor *Hirschfeld* (American Jewish Comittee) Barnett *Horowitz* (Central Relief Comittee), und Baruch *Zuckermann* (People Relief Comittee), welche vom jüdischen Zentralhilfskomitee entsendet sind, in Kopenhagen eingetroffen und nach Warschau weitergereist. Der Kommission gehört auch Herr Dr. Boris *Bogen* an, welcher der Hooverkommission (offizielle Kommission der amerikanischen Regierung) zugeteilt ist und sich bereits in Warschau befindet. Die Kommission wird die Verteilung von Lebensmitteln überwachen, die mit dem Dampfer „Westward Ho" aus Amerika nach Danzig geschickt wurden. Der Dampfer führt *7000 Tonnen Lebensmittel* im Werte von 2 Millionen Dollar, wovon die Hälfte vom jüdischen Hilfskomitee, die andere Hälfte vom polnisch-amerikanischen Nationalkomitee aufgebracht wurden. Die Lebensmittel sind für die städtische Bevölkerung Polens und Galiziens bestimmt und in gleichen Teilen unter Juden und Polen zu verteilen.

Eine Gesellschaft zur „Entjudung Polens".

Wie die „Pologne Libre" aus Warschau meldet, hat sich dort eine neue Gesellschaft, „Die Macht der Einheit" konstituiert, deren Hauptzweck *die systematische Entjudung Polens* bildet. Ihre Mitglieder sollen den nationalpolnischen Handel fördern und Mitbürger von den jüdischen Geschäften fernzuhalten suchen, ihre Kinder

nicht in Schulen schicken, welche Juden besuchen usw. Der berüchtigte Boykottleiter *Dmowski* wird demnächst seinen feierlichen Eintritt vollziehen.

Galizien.

Das jüdische Schulwesen in Lemberg.

Unter unseligen Schwierigkeiten verstand es der energische Förderer des jüdischen Schulgedankens Dr. Jsrael *Münzer* seinen Lieblingsgedanken zu verwirklichen. Er ging fast ohne jede materielle Grundlage ans Werk und kann bereits heute mit Stolz auf die Früchte seiner Bemühungen zurückblicken. Neben einer hebräisch-polnischen Volksschule wurden folgende Mittelschulen eröffnet: Ein Knabengymnasium und eine Realschule in denen zirka 800 Schüler Unterricht geniessen, sowie ein Mädchengymnasium mit 400 Schülerinnen. Das erstere Institut wird von Dr. *Brandstätter* geleitet und zählt bereits 25 Lehrer, das Mädchengymnasium von Dr. *Freilich*. Auch eine Handelsschule wurde unter Leitung des Bankdirektors *Eisler* gegründet. Mehr als 400 Schüler besuchen bereits dieses Institut, wo jetzt schon 15 Lehrer tätig sind. Auch ein hebräisches Seminar wurde von Meier *Chartiner* eröffnet. (Jüdische Zeitung.)

— Wie tief der Antisemitismus selbst in sozialistische Kreise eingedrungen ist, beweist der Widerstand der sozialistischen Massen, gegen die einzelnen jüdischen Führer. So schreibt die „Trybuna Polska", dass die Bahnarbeiter in einer ihrer Versammlungen energisch dagegen protestierten, dass Dr. Löwenherz die P. P. S. im Provisorischen Regierungskomitee vertrete.

Krakau. Am 19. Februar hat das polnische Militärkommando in allen jüdischen Häusern Revisionen durchgeführt. Angeblich suchte man blos nach Waffen, aber tatsächlich hat man alle vorgefundenen Lebensmittel wie auch Geld weggenommen. Die jüdische Bevölkerung Krakaus wurde total ausgeplündert. (Wiener Morgenpost.)

Ukraine.

Pogrom in Proskurow.

Laut einem Spezialbericht der „Wiener Morgenpost" wurden in Proskurow bei einem Pogrom mehr als 400 (?) jüdische Familien ermordet. Die beschriebenen Einzelheiten sind haarsträubend. Bestätigung bleibt abzuwarten. Am 13., 14., und 15. Februar soll es auch in Tarnopol zu grossen Unruhen gekommen sein.

— Wir erhielten vom Ukrainischen Büro folgendes Telegramm: In Stanislau ist am 27. Februar eine Delegation des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates bestehend aus Dr. *Halpern* und Dr. *Jonas,* wie auch Dr. *Rappaport* und *Schmetterling*, Vertreter des jüdischen Nationalrates von Tarnopol beim Sekretär des Innern Dr. *Makuch* erschienen. Sie unterbreiteten dem Minister ein Memorandum über die Unruhen, die am 14. Februar in Tarnopol und Umgebung von feindlichen Elementen veranstaltet worden sind. Nach offizieller Untersuchung wurden die die Exzesse gegen den Juden verübenden Rekruten, durch nichtukrainische Agenten aufgehetzt. Der Pole Sikurski und der ausländische Jude Lapajowski wurden als Agitatoren verhaftet. Es wurde festgestellt, dass fremde Elemente, wahrscheinlich Mitglieder der „Schwarzen Hundert", wie auch bolschewistische Agenten für die Unruhen verantwortlich sind. Drei Anführer wurden zum Tode verurteilt. Gegen die anderen ist die Untersuchung eingeleitet. Der Staatssekretär fügte hinzu, dass alle Sicherheitsmassnahmen ergriffen worden sind, um in Zukunft solche Vorfälle zu verhindern und er sei überzeugt, dass diese Sicherheitsmassnahmen gute Resultate zeitigen werden. Feindliche Elemente haben diese Unruhen organisiert, um die Ukraine in der Meinung des Auslandes herabzusetzen. Der Staatssekretär versicherte, dass die jüdische Bevölkerung Entschädigung für den erlittenen Schaden erhalten wird. Die Delegation erklärte, die beruhigenden Mitteilungen der jüdischen Bevölkerung übermitteln zu wollen.

Judenunruhen in Ostgalizien.

Der Pressedienst des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates meldet dass nach Stanislau Berichte über Judenpogrome in *Tarnopol, Chodorów. Stryj* und *Przemyslany* gelangt sind. Ueberall wurden die jüdischen Geschäfte und Wohnungen ausgeplündert und die Juden blutig geschlagen. In Tarnopol sollen auch einige Juden ermordet worden sein. Das Präsidium des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates intervenierte bei dem Westukrainischen Staatssekretariat.

— Die Konferenz der Poale-Zion in Kiew ist wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse verschoben worden.

— Wir erhielten folgendes Telegramm: Die „Robotnicka Gazeta" (Arbeiter-Zeitung) teilt mit, dass die sozialdemokratische jüdische Arbeiterpartei Poale Zion folgende Resolution votiert hat: „Angesichts der gegenwärtigen militärischen Lage kann die ukrainische Republik nicht vermeiden einen Accord zu schliessen mit einer der Mächte, die gegen die Ukraine marschieren. Das Zentralkomitee warnt das Direktorium gegen eine Alliance mit der Entente. Es schlägt vor, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um zu einem Frieden mit den Bolschewisten zu gelangen. Diese Erklärung ruft in dem politischen ukrainischen Milieux einen ungünstigen Eindruck hervor. Büro Ukrainien.

Kiew. Der gewesene Minister für jüdische Angelegenheiten Dr. *M. Silberfarb,* ist gestorben.

Russland.

— Einige Palästina-Gesellschaften in Petrograd und Moskau mit den Aktiengesellschaften „Habone", „Bate-Menucha" und „Raanonja" an der Spitze haben sich zusammengetan, um in Palästina eine ganze Reihe von Häuserbauten vorzunehmen. Demnächst sollen im Auftrage dieser Gesellschaften etwa 50 Ingenieure und Techniker nach Palästina gehen, um die geplanten Bauten in Angriff zu nehmen. An den sich zur Zeit in Jaffa befindenden Direktor der Gesellschaft „Habone", Herr J. L. Goldberg, sind bereits entsprechende Vollmachten zur Ausführung des Unternehmens geschickt worden. (K.Z.B.)

Allrussische Konferenz der Poale-Zion in Minsk.

Dieser Tage fand in Minsk eine allrussische Konferenz der Poale-Zionisten statt, welche sich hauptsächlich mit der jetzigen politischen Lage beschäftigte. Die Mehrheit war bolschewistisch gestimmt und die Gefahr einer Parteispaltung lag vor. Zuletzt einigte man sich jedoch auf eine Kompromisresolution, wodurch die Spaltung vermieden wurde. (Nasche Utro, Grodno, 9. II.)

— Am 16. Februar fand in Minsk eine allrussische Konferenz des „Bund“ statt.

— Die jüdischen Gemeinden in der Krim haben die Herren Dr. *Pasmanik* und *Sokolow* als Delegierte für die Friedenskonferenz bestimmt.

(Nasche Utro, Grodno.)

Rumänien.

— Nach Veröffentlichung des kgl. Dekretes über die Einbürgerung der Juden in Rumänien begehrten 2 ansässige Juden vom zuständigen Tribunal in Bukarest die Anerkennung ihrer Staatsbürgerschaft. Das Tribunal lehnte die Prüfung des Gesuches mit der Begründung ab, dass das Dekret unwirksam sei, weil es eine Abänderung geltender Verfassungsrechte enthalte, nämlich ohne Zustimmung des Parlamentes erlassen wurde. Mit dieser Auffassung stimmen auch die Juristen des Landes überein. Den Juden ging es darum, diese Sachlage festzustellen. (J.K.Z.)

Ungarn.

Die ungarische Regierung für die kulturelle Autonomie der Juden.

Im Namen der nach der Schweiz zur Konferenz der jüdischen Nationalräte und von dort nach Paris zur Friedenskonferenz reisenden Delegation der ungarischen Zionisten, machte Herr Moritz Guttmann dem Ministerpräsidenten Berinkey seine Aufwartung, der sich bei dieser Gelegenheit wie folgt äusserte:

„Die ungarische Regierung verfolgt die zionistische Bewegung, die dem Judentume eine nationale Heimstätte in Palästina schaffen will, mit Sympatie und hält es für notwendig, dass die in die Weltpolitik sich einfügende Judenfrage den Anforderungen der Gerechtigkeit und Kultur gemäss, ihre Lösung finde. Die ungarische Volksregierung, die auf dem Boden der Wilson'schen Grundsätze steht, nimmt es mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sehr ernst, und da sie weiss, dass sämtliche ungarische Juden ohne Ausnahme stets Anhänger und Verfechter der ungarischen Staatsidee, so wie der ungarischen Bildung waren und dies immer bleiben werden, betrachte sie ihre Organisationsbestrebungen zur Erreichung jüdischer Schulen und kultureller Institutionen, durchaus nicht als unpatriotische Handlung.“

— Die Exekutive der ungarischen zionistischen Landesorganisation wendet sich an das ungarische Judentum mit einem Aufrufe zur Bildung einer jüdischen national-kulturellen Föderation und bereitet für die national-kulturelle Automie eine Petition an die Regierung vor. (J.P.B.)

— Am 23. Februar fanden in Budapest die Urwahlen in die Israelitische Kultusgemeinde statt und hat die Wahlbewegung ganz ungeahnte Dimensionen angenommen. Die Pester Kultusgemeinde ist die grösste organisierte Judengemeinde der Welt, da Warschau und New-York in mehrere Gemeinden geteilt sind. Es muss konstatiert werden, dass in der letzten Zeit die Pester Religionsgemeinde sehr viel viel von ihrem Ansehen eingebüsst hat, da die Leitung eine anti-jüdische und anti-religiöse Richtung eingeschlagen hat und zwar hauptsächlich was das Schulwesen anbelangt. Jetzt bekämpfen sich die verschiedenen jüdischen Parteien heftigst und ist es zu hoffen, dass endlich Männer, die jüdisch denken und fühlen, an die Spitze der Gemeinde kommen! Ueber den Wahlausgang ist uns noch nichts bekannt.

— Professor Adolf Strauss demissionierte von seiner Stelle als Präsident der Ungarländischen Zionistischen Landesorganisation.

Tschecho-slovakischer Staat.

— *Brünn.* Da die Bezirkshauptmannschaft in Olmütz bei der Volkszählung die Existenz der jüdischen Nationalität nicht anerkennen wollte, wandte sich der jüdische Nationalrat in Prag und der jüdische Volksrat in Brünn an die mährische Statthalterei. Diese hat nunmehr die Olmützer Behörde angewiesen, das Bekenntnis zur jüdischen Nation freizugeben.

Deutschland.

— In Deutschland bereitet sich ein grosser jüdischnationaler Kongress vor. Nur zwei Parteien stehen ihm ablehnend gegenüber: ein kleiner Flügel innerhalb der Orthodoxen, die sich um den Frankfurter „Israelit“ scharen, und eine grössere Gruppe der Liberalen, die namentlich das „Hamburger Familienblatt“ führt. Während aber die Frankfurter Orthodoxen, die auf jüdischnationalem Boden stehen, nur aus einem religiösen Partikularismus heraus ihre eigenen Wege suchen — der übrige grössere Teil der deutschen Orthodoxen nimmt freilich am Kongresse teil, — bekämpfen die Hamburger den Kongressgedanken, weil sie die Juden nur ja nicht als ein besonderes Volk wollen gelten lassen. Ihre Argumentation ist in den jüdischen Kreisen vielfach zu hören: „Bisher“, so schreiben sie, „hat die grosse Mehrheit der deutschen Judenheit stets ihre unlösbare Zugehörigkeit zum deutschen Volk erklärt. Sollte sie jetzt diesen Standpunkt durch Beteiligung an den Wahlen zu einem nationaljüdischen Kongress aufgeben?“

(Prager Selbstwehr)

— Die Zionistische Vereinigung für Deutschland veranstaltet in der Zeit vom 20.—24. März in Berlin einen Palästina-Delegiertentag.

Italien.

— Laut „Corriere della Sera“ fand in Florenz im Theater della Pergula eine feierliche Kundgebung für das jüdische Palästina statt. Die Redner betonten die Notwendigkeit, dass das jüdische Volk ein eigenes Land habe.

England.

— Im englischen Parlament protestierte Colonel *Wedgwood* gegen die Pogrome, die in Polen gegen die unschuldige jüdische Bevölkerung veranstaltet worden sind und forderte die Friedenskonferenz auf, die Polen zur Rechenschaft zu ziehen. In der betreffenden Sitzung wurde das Bedauern des Hauses über die polnischen Vorgänge ausgesprochen.

— Nach den neueren Nachrichten aus England entwickelt sich die dort gegründete Misrachi Landesorganisation in überaus erfreulicher Weise. Sie zählt jetzt bereits 20,000 Mitglieder. An ihrer Spitze steht ausser dem Oberrabbiner Hertz der Rabbiner Dr. Schönfeld.

(Misrachi K. B.)

Amerika.

Kopenhagen. Bekanntlich hat sich zwei Monate vor Abschluss des Waffenstillstandes eine grosse Zahl jüdischer Legionäre aus Amerika auf die Palästinafront begeben. Die Legionäre wandten sich jetzt an ihren Kommandanten mit dem Ersuchen, sie nicht heimzuschicken, da sie in Palästina bleiben und an der Arbeit des Wiederaufbaues des Judenstaates mithelfen möchten. Wie es scheint, wird diesen ihr Ansuchen bewilligt werden.

— Die 10. Jahreskonferenz der Föderation der jüdischen Farmer Amerikas, die kürzlich in New York tagte, nahm einen Beschluss an, in dem sie ihre Freude über die Palästinaerklärung der britischen und der alliierten Regierungen ausdrückte und die Hoffnung aussprach. dass diejenigen ihrer Mitglieder, die sich im Lande unserer Väter niederlassen wollen, in der Bestellung und Bewirtschafftung des Bodens erfolgreich sein werden.

Kanada.

— Am 16. März findet in Montreal der erste kanadisch-jüdische Kongress statt. Bisher sind 200 Delegierte angemeldet.

Palästina.

Engländer und Juden in Palästina.

Das Jüdische Korrespondenzbüro im Haag meldet, dass demnächst Aenderungen in der Verwaltungsmethode in Palästina vorgenommen werden, wodurch die Beziehungen zwischen Juden und Engländer bedeutend besser werden sollen. Der Chef des englischen Generalstabes, General Wilson, hat Dr. Weizmann versprochen das militärische System, das noch in Palästina herrscht, allmählich zu verringern.

Die neuen Makkabäer.

Die „Daily News“ beschreibt den Enthusiasmus der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem und Jaffa, woselbst die jüdischen Werbebüros für die nationale Armee eröffnet wurden und grossen Zulauf finden. Die Propaganda für die Anwerbungen wurden von den in Palästina ansässigen russischen Juden unternommen, unter der Führung des Schriftstellers Smeliansky, der in Rechoboth als Kolonist lebt. Die Abzeichen des neuen Regiments sind das Wappen von Palästina, ein Schild in Blau und Silber, mit einer Trikolore verbrämt und darüber den „Magen David“ aufweisend.

— Der 15. Schwath wurde in ganz Palästina als nationaler Festtag begangen. Das britische Militär sowie die britischen Behörden beteiligten sich an den meisten Orten an den Feiern. Der Militärgouverneur von Jerusalem, Colonel Waters *Taylor* hielt eine hebräische Ansprache.

— Die jüdischen Studenten *Opatowski* und *Rotterberg* die Mitte Dezember aus *Radom* sich auf den Weg nach *Palästina* gemacht hatten, sind dieser Tage nach Wien zurückgekehrt und schildern in der „Wiener Morgenpost“ ihre Reiseerlebnisse. Derzeit ist es fast unmöglich nach Palästina zu gelangen. Die italienische Regierung stellt zwar Pässe aus, aber die englischen Geschäftsträger in Rom und Neapel wollen diese Pässe nicht visieren und ohne Erlaubnis des englischen Gesandten ist jede Weiterreise unmöglich. Die englischen Vertreter in Rom erklären, dass man erst in einigen Monaten, nach Schluss der Friedenskonferenz, nach Palästina wird reisen können. Sie haben Befehl bis dahin niemanden durchzulassen. In Rom fand diese Gruppe, wie auch viele andere Unterstützung bei der italienischen zionistischen Föderation, die unter Leitung des Rabbiners De Lattes steht.

— Das Zentralkomitee der Misrachi in Jaffa entwickelte in letzter Zeit eine energische Tätigkeit. Der Misrachi begründete ein besonderes Büro in Tel Awiw und wählte den Schriftsteller *R. Benjamin* (Jehoschua Feldmann) zum besoldaten Sekretär. Der Verein „Hazair Haerez Israeli“ existiert bereits seit einigen Jahren, war aber fast völlig eingegangen. Der Misrachi nahm sich des Vereins an, und in kurzer Zeit gelang es ihm, eine lebensfähige und straffe Organisation zu schaffen.

(Jüd. Rundschau.)

— Bei der letzten Konferenz des Hapoel Hazair in Jaffa kam es bei den Verhandlungen über die Programmfrage zu scharfen Meinungsverschiedenheiten. Bisher war nämlich der Sozialismus nicht ein offizieller Programmpunkt und auch nach längerer Diskussion ist er als solcher nicht aufgenommen worden. Die Grundlage der Vereinigung sei das Pioniertum, die Aufopferung der eigenen Interessen zu Gunsten des Arbeitsideals.

Schweiz.

Zürich. Vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft erstatteten in der Tonhalle die hier auf der Durchreise nach London sich aufhaltenden jüdischen Nationalräte Dr. *Ringel,* Dr. *Reich,* Dr. *Diamant,* Dr. *Krämer* und Dr. *von Fuchs* Bericht über die Forderungen die die osteuropäische Judenheit an die Friedenskonferenz stellt. Unter grosser Begeisterung wurde die Resolution, in der als Forderung des jüdischen Volkes an der Friedenskonferenz, Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk und nationale Autonomie für die im Osten verbleibenden jüdischen Massen verlangt wurde, angenommen.

Zürich. Oberrabbiner Dr. *Chajes* weilt hier seit einigen Tagen und präsidiert den internen Beratungen der momentan sich hier aufhaltenden Jüdischen Nationalräte und der hiesigen Vertrauensmänner.